

Innenausschuß

Auch Polizei in England gegen mehr Schußwaffengebrauch

Eine Kommission des Ausschusses für Innere Verwaltung hat sich in England über das dortige Polizei- und Demonstrationsrecht informiert. Dabei wurden auch jüngste Unruhen unter Jugendlichen angesprochen, für die als mögliche Gründe hohe Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum und Perspektivlosigkeit angegeben wurden. Hier die Fortsetzung des Berichtes aus Heft 15 von „Landtag intern“:

So kam es zu den jüngsten Ausschreitungen in London und Birmingham, als anlässlich einer Razzia auf Rauschgift Händler die – insbesondere jugendliche – Bevölkerung eines ganzen Stadtteils gegen die eindringenden Polizeikräfte vorging und schließlich die eigenen Geschäfte und Wohnhäuser anzündete. Natürlich möchten – so berichtete die Association of County Councils – nach solchen Ereignissen alle Behördenleiter mehr Polizeibeamte haben, aber diese Wünsche scheitern zumeist an den finanziellen Möglichkeiten, zumal diese Staatsdiener überdurchschnittlich besoldet werden. Eine nationale Polizei zur Effizienzsteigerung lehnen die County Councils ab; sie wäre nach kurzer Zeit vom Militär nicht mehr zu unterscheiden, so wird befürchtet. Man verläßt sich lieber auf die Nachbarschaftshilfe, die es jedem Polizeichef ermöglicht, Polizeikräfte aus den Nachbarbezirken zur Verstärkung anzufordern. Mitglieder der Polizeigewerkschaft berichteten hierzu, der 1984 begonnene Bergarbeiterstreik habe zu der Zeit seines Höhepunktes 8000 Polizeikräfte aus dem betroffenen und den benachbarten Counties gebunden.

Gegen eine Ausweitung der Ausrüstung mit Schußwaffen sprachen sich alle aus, Polizei, Counties, Gewerkschaft. Auch die befragten konservativen Mitglieder des Unterhauses fordern lediglich, besonders im Bereich der Kriminalpolizei, eine verstärkte Kooperation; einer Änderung der Organisationsstrukturen bedarf es nach ihrer Auffassung nicht. Das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei, auch hierin stimmten alle überein, hat sich selbst nach den schweren Stadtteilkrawallen weder überregional noch in den betroffenen Bezirken verschlechtert.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 88 4303, 88 4304 und 88 4545, btx: # 56801*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Wittler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Ludger Baumeister (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche

Daß Anke Brunn Ministerin, also Inhaberin staatlicher Macht sei, fällt einem kaum ein, wenn man ihr zum ersten Mal begegnet. Ihrer Erscheinung, ihrem Auftreten fehlt jede gouvernementale Attitüde. Sprödes Selbstbewußtsein, von einer dünnen, zerbrechlichen Stimme getragen, zeichnet sie aus. Alles Matronenhafte, mit dem Karrierfrauen, insbesondere in der SPD, früher oft kraftstrotzend dahergekommen sind, geht ihr gänzlich ab.

Dabei ist Anke Brunn mit ihren gerade 44 Jahren längst eine Karrierefrau. Die Stationen ihres beruflichen und politischen Weges lesen sich wie eine einzige Erfolgsbilanz: Humanistisches Gymnasium, Abitur, Studium an den Universitäten in Hamburg, Paris und Köln, Diplomvolkswirtin. Bis 1975 wissenschaftliche Angestellte am Rechenzentrum der Uni Köln, danach nur noch Politikerin. 1981 wird sie Senatorin für Jugend, Familie und Sport im letzten Berliner SPD-Senat unter Jochen Vogel.

Zu jener Berufung gehört eine Anekdote, die auch für später mancherlei erklärt. Vogel habe bei Johannes Rau nachgefragt, ob er niemanden für den vakanten Posten wisse. Rau sei sofort der Name der damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion eingefallen. Nachts um eins, so mag es gewesen sein, telefonierte er sie zu Hause aus dem Bett. Anke Brunn nahm an. Das „Notopfer Berlin“ war ein kurzes Zwischenspiel, aber es bereicherte die Biografie um Regierungserfahrung. Die Kölnerin aus dem Flecken Behlendorf im Kreis Lauenburg war damit zum Kreis der Macher gestoßen, auch wenn sie diesen Begriff als unangemessen für sich zurückweisen würde.

Minutiös hat Anke Brunn für das Handbuch des Landtags auch ihre Parteikarriere zusammengestellt, ist sie doch einer der Schlüssel für ihre politische Laufbahn: Mitglied der SPD seit 1967, von 1973 bis 1981 Mitglied des Unterbezirksvorstandes, von 1973 bis 1981 und wieder ab 1983 Mitglied des Bezirksvorstandes Mittelrhein. Dazu Bezirksvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion, von 1981 bis 1983 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, stellvertretende Fraktionschefin. Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestags „Jugendprotest im demokratischen Staat“. Schließlich Gewerkschafterin, Landesvorsitzende des „Progressiven Eltern- und Erzieherverbandes“ und, natürlich auch, Mitglied der Arbeiterwohlfahrt.

Nachdem Anke Brunn wieder aus Berlin zurückgekehrt war, um eine administrative Erfahrung reicher, spielte sie im Personalkalkül Raus eine wichtige Rolle. Ihr war – und da dominierten auch Überlegungen zur schmückenden Bereicherung der Landesregierung um eine Frau – schon lange vor der letzten Landtagswahl im Mai 1985 ein Sitz im Kabinett versprochen worden. Rau schwankte lediglich bei den Ressorts. Daß er Anke Brunn zur Wissenschaftsministerin machte, entspricht durchaus ihren Neigungen und Erfahrungen. Die Bildungspolitik



Anke Brunn (SPD)

war stets einer ihrer politischen Schwerpunkte.

Anke Brunn, verheiratet und Mutter eines Sohnes, ist in der politischen Verkehrskunde von links zur Mitte gewandert. Das drückt sich auch in ihrer bewußt unbetonten Position gegenüber der Frauenbewegung aus. Obwohl engagiert, tut sie sich da nicht hervor. Sie gehört vielmehr zu jenem neuen Typ politischer Frauen, wie er in Rita Süßmuth, Ingrid Matthäus-Maier oder Antje Vollmer in Erscheinung tritt: Weitgehend unangepaßt ans männlich-dominierende Politiker-Ideal, scheinen sie ein bißchen außerhalb der maskulin gesetzten Normen und zugleich fern der provokanten Emanzenklischees zu stehen. Sie sind nicht die besseren Männer, wollen es auch nicht sein.

Frau Brunn's Regierungsamtsamt gilt als besonders schwierig. Der Umgang mit Hochschulen, also Professoren, verlangt viel Fingerspitzengefühl, sollen nicht Überheblichkeit und Herablassung provoziert werden. Und mitunter wiegt auch die „Erblast“ schwer. Wie z. B. ist das Verhältnis Staat – Katholische Kirche für beide Seiten befriedigend zu lösen, wenn durch die erst vor wenigen Jahren vereinbarten Staatskirchenverträge, in Folge des sogenannten Preußen-Konkordats, die Hochschulen in ihrer Souveränität bei der Besetzung von Professorenstellen im Fachbereich Theologie beschnitten werden können? Frau Brunn will dafür sorgen, daß sie bei kirchlichem Widerspruch auf eine Berufung wenigstens den Grund erfährt – immerhin.

Als Wissenschaftsministerin fällt ihr vor allem die schwierige Aufgabe zu, in Zeiten knappen Geldes und sinkender Studentenzahlen die Hochschullandschaft in NRW ohne Abbruch zu pflegen. Dabei setzt sie auf Kooperation. Hochschulschließungen will sie vermeiden. Die kleine Uni mit 6000 bis 7000 Studenten erscheint ihr als denkbar.

Zunächst aber muß Anke Brunn das nordrhein-westfälische Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen, kurz WissHG, an das geänderte Hochschulrahmengesetz des Bundes anpassen. Dabei steht für sie außer Zweifel, daß es eine Rückkehr zur alten Ordinarien-Universität nicht geben wird.

Bernd Kleffner